

*Der rheinland-pfälzische Innenminister Bruch zum fünften Mal in Washington – Mit neuen Bau-Angeboten sollen die völkerrechts- und verfassungswidrigen US-Angriffskriege auch noch finanziell unterstützt werden!*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 111/06 – 11.10.06**

## **Will die rheinland-pfälzische Landesregierung die völkerrechts- und verfassungswidrigen US-Kriege wirklich durch Bau-Programme mitfinanzieren?**

Wie sauer Bier hat der rheinland-pfälzische Innenminister Bruch nun schon zum fünften Mal im Pentagon sein „Housing-Programm“ feil geboten. Im September 2003, im März und Herbst 2004 und im April 2005 hatte er bereits in Washington antichambriert. Wir wissen nicht, ob er auch diesmal wieder „Eintrittsgeld“ bezahlen musste, um überhaupt vorgelassen zu werden; im Jahr 2004 verlangte das US-Anwaltsbüro Piper-Rudnick für die Vermittlung von Gesprächen mit Pentagon-Angestellten 230.000 US-Dollar (s. LP 012/05).

Wie immer hat Bruch auch diesmal wieder angeboten, von privaten Investoren für hier stationierte US-Soldaten und ihre Familien komfortable Wohnhäuser bauen zu lassen, damit uns möglichst alle US-Militärbasen in Rheinland-Pfalz möglichst lange erhalten bleiben. Nach seiner Rückkehr behauptete der Innenminister wieder, über den US-Stationierungs-ort Baumholder sei noch keine Entscheidung gefallen. Dabei steht schon lange fest, dass die US-Army ihre dort angesiedelte 2<sup>nd</sup> Brigade der 1<sup>st</sup> Armored Division (Panzerdivision), die in Teilen zur Zeit im Irak-Krieg eingesetzt ist, spätestens ab 2008 in die USA zurück verlegen wird.

Schon zweimal hat der Kaiserslauterer OB Deubig angedeutet, dass die US-Army auch ihre im Osten der Stadt gelegenen Kasernen und Depots räumen möchte. Neue Depots werden schon bald in Rumänien und demnächst sicher auch in Bulgarien oder Polen gebaut (s. LP 109/06).

Weniger US-Soldaten brauchen weniger Wohnraum. Wenn 2000 neue Wohnhäuser möglichst nahe bei den US-Flugplätzen Ramstein und Spangdahlem gebaut werden sollen, werden mindestens 2000 bisher von US-Amerikanern in größerer Entfernung von den genannten Orten gemietete Häuser leer stehen. Die Vermieter, deren Baufinanzierung in den meisten Fällen auf hoch kalkulierten US-Mietzahlungen basiert, können dann sehen, wo sie bleiben.

Investoren für den Bau der „Luxus-Bruch-Buden“ sollen mit viel versprechenden Konditionen geködert werden. Schon vor Bruchs USA-Reise hat das rheinland-pfälzische Konversionskabinett entschieden:

- „Mit der Landesbank Rheinland-Pfalz und der Holding der Landesentwicklungsgesellschaft Baden-Württemberg eine Projektentwicklungsgesellschaft zu gründen. Die unternehmerische Führerschaft liegt dabei bei der Landesbankgruppe.
- Mit der Landesbank und der Investitions- und Strukturbank einen Finanzrahmen für das Programm aufzustellen. Dieser enthält Mietausfallgarantien und für unterschiedliche Investorengruppen beziehungsweise Kapitalanleger ein Zinszuschussprogramm, ein Darlehensprogramm mit Bürgschaften und möglicherweise einen Fonds für Kapitalanleger.

- Es wird ein Startprogramm mit bis zu 700 Wohneinheiten vorbereitet, das auf konkrete Nachfrage der US-Seite sofort ausgelöst werden kann. Vorbereitungen für eine standortbezogene Umsetzung wurden getroffen.“ (Pressemitteilung des Innenministeriums vom 14.09.06)

Von einem solchen Angebot können private Häuslebauer nur träumen. Aber sie und örtliche Baufirmen werden nicht davon profitieren; es ist maßgeschneidert für überregionale Bauunternehmen und spekulative Kapitalanleger, die so risikolos heute kaum noch anderswo Immobilien bauen oder in sie investieren könnten.

Das „Sequoia-Village“ auf dem Kirchberg bei Landstuhl wird wohl nicht errichtet (s. LP 025/05, 010/06 und 056/06). Jetzt soll zunächst auf „baureife Grundstücke, die in einem weiten Umkreis rund um den Flugplatz Ramstein verstreut liegen“, zurückgegriffen werden.

Weil Bruch wohl schon vor seiner fünften Reise nach Washington wusste, dass er wieder vertröstet und mit leeren Händen zurück geschickt würde, hatte er auch ein „Non-Housing-Projekt“ im Angebot. Wenn die US-Streitkräfte keinen zusätzlichen Bedarf an Wohnhäusern haben, möchte ihnen der Innenminister ihres Gastlandes Rheinland-Pfalz wenigstens neue Lagerhäuser bauen. Er denkt an ein Ausrüstungslager in Ramstein (RHEINPFALZ, 07.10.06) und an Lagerhallen in der Stadt Kaiserslautern ([www.swr.de/nachrichten/rp/kaiserslautern/](http://www.swr.de/nachrichten/rp/kaiserslautern/), 11.10.06).

Vielleicht lässt sich die US-Air Force auch ein neues Fracht-Terminal in Ramstein bauen, denn das vor kurzem erst eingeweihte soll nach Gerüchten bereits so instabil sein, dass es abgerissen werden muss. Auch die ins ehemalige Moorgelände des Landstuhler Bruches eingelassene neue Südbahn soll den hohen Belastungen bei den Starts und Landungen der voll beladenen Großtransporter kaum noch standhalten können.

Während die Kritik an den völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskriegen der Bush-Administration nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern weltweit ständig wächst, lässt die Beck-Regierung durch ihren Innenminister und US-Ehrenobersten Karl Peter Bruch den Krieg führenden US-Militärs immer neue Hilfsangebote unterbreiten. Mit Bürgschaften (des Landes?) für Baudarlehen, Zinszuschüssen und Mietausfallgarantien, die letztlich aus Steuermitteln finanziert werden müssten, wollen die Herren Beck und Bruch das tägliche Morden und Brennen der US-Soldateska auch noch aus der Landeskasse subventionieren – denn mit den Dollars, die nicht in den Bau von Wohn- oder Lagerhäusern fließen, können neue Flugzeuge und neue Bomben für die US-Kriege angeschafft werden.

Eine an unserem Grundgesetz und am Wohlergehen der Bürger orientierte Landesregierung müsste sich über jeden aufgegebenen US-Standort und jeden abgezogenen US-Soldaten freuen und ständig auf den Totalabzug aller US-Streitkräfte aus Rheinland-Pfalz hinarbeiten. Dann gäbe es auch keinen Fluglärmterror mehr, und wir Bürger wären nicht länger gesundheitsgefährdenden Belastungen und hohen Absturzrisiken ausgesetzt. Die erfolgreichen Konversionsvorhaben der Landesregierung haben doch in Kaiserslautern (PRE-Park), Zweibrücken (Outlet-Center), Bitburg und auf dem Hahn viel mehr Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft entstehen lassen, als das US-Militär je zu bieten hatte.

Herr Beck, Herr Bruch, hören Sie endlich auf, das US-Militär zu hofieren und die laufenden und drohenden völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskriege der Bush-Administration zu unterstützen. Das Land Rheinland-Pfalz und die Welt brauchen eine friedliche Zukunft. Sie könnten dazu beitragen, wenn Sie mithelfen, dem US-Militär die verfassungswidrige Nutzung seiner Basen in unserem Land zu verbieten.

[www.luftpост-kl.de](http://www.luftpост-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**